



Gudrun Petzold

Mitglied des Sächsischen Landtages

Sprecherin für Seniorenpolitik und
Sprecherin für Behindertenpolitik
der AfD-Fraktion Sachsen



René Bochmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Ordentliches Mitglied im Verkehrsausschuss
AfD-Bundestagsfraktion



14. Parlamentarischer Infobrief

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wir wünschen Ihnen ein gesegnetes und gesundes Jahr 2023!

Das neue Jahr begrüßt uns sogleich mit mit einer brisanten Debatte: Denn junge Männer haben erneut zur Neujahrsnacht auf **teils erschreckend brutale Weise** in deutschen Großstädten randaliert und Rettungs- sowie Polizeikräfte attackiert. **Diese Entwicklung ist auch für Nordsachsen relevant:** Denn gemäß der „Torgauer Zeitung“ vom 9.1.23 berichtet der Verbandschef der Kreisfeuerwehr Torgau-Oschatz, Herr Reichel, ebenfalls eindringlich vor [nachlassendem Respekt](#) gegenüber Einsatzkräften!

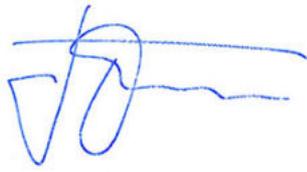
Im Allgemeinen handelte sich, beispielsweise laut Berliner Polizei, bei den mutmaßlichen Silvester-Straftätern oft um Jugendliche mit Migrationshintergrund. Die Integration ist hier klar gescheitert! Attacken auf Rettungskräfte und Polizei können zudem keineswegs als „Jugendstreich“, wie mancher ihn zu Silvester in Kindheitstagen selbst erlebt haben mag, abgetan werden.

Und auch diese Probleme betreffen uns Nordsachsen mehr, als wir denken: Denn selbst wenn es in unseren Städten noch ruhig gewesen sein mag, so kam es doch im nicht weit entfernten Leipzig zu erheblichen Ausschreitungen. Auch in Borna im benachbarten Landkreis Leipzig gab es in der Silvesternacht zahlreiche Straftaten! Laut der „[Leipziger Volkszeitung](#)“ vom 3.1.23 besteht in Borna der „Verdacht, dass es sich bei den Jugendlichen um Personen mit migrantischem Hintergrund handelt.“

In meiner Pressemitteilung „Silvesterrandalierer: Hart bestrafen und wenn möglich abschieben!“ habe ich, René Bochmann, zu den Silvester-Ausschreitungen mögliche Konsequenzen zusammengefasst.

So oder so steht fest: Der Schutz unserer Einsatzkräfte – egal ob ehrenamtlich oder beruflich tätig – muss oberste Priorität haben! Das bleibt auch 2023 im Interesse aller Bürger!

Mit besten Grüßen



Gudrun Petzold

Mitglied im Sächsischen Landtag

Mitglied im Nordsächsischen Kreistag



René Bochmann

Mitglied des Deutschen Bundestags

Mitglied im Nordsächsischen Kreistag

P.S.: Sie finden unsere gesammelten „Parlamentarischen Infobriefe“ nun auch [unter diesem Link!](#)

Aus dem Landtag

Gesetzesvorschläge, Anträge, Anfragen



- **Gesetzesentwurf „Sächsisches Grunderwerbsteuersatzgesetz“:** Die Sächsische Staatsregierung will die Grunderwerbsteuer von 3,5 auf 5,5 Prozent erhöhen. Davon wären langfristig neben Hausbesitzern auch Mieter betroffen! Die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag fordert dagegen eine allgemeine Entlastung der Bürger. Dies soll durch eine Absenkung der Grunderwerbsteuer auf ein Prozent – für den erstmaligen Erwerb zu Wohnzwecken – geschehen. [Hier finden Sie unseren vollständigen Gesetzesentwurf!](#)
- **Änderungsantrag zum Haushaltsgesetz 2023/24 – 100.000 Euro für jede Gemeinde:** Mit einem Änderungsantrag zum Haushaltsgesetz 2023/24 (Drs. 7/11501) fordert die sächsische AfD-Fraktion, allen Gemeinden in Sachsen 100.000 Euro für eigene Investitionen zur freien Verfügung zu stellen. Die Umsetzung würde 41,9 Millionen Euro kosten. Zur Deckung der Kosten soll u.a. die Förderung parteinaher Vereine gestrichen werden. [Lesen Sie hier mehr zu unserem Änderungsantrag!](#)
- **Antrag „Grundlegende Reformen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ermöglichen“:** Durch eine Selbstbedienungsmentalität und überzogene Gehälter hat sich der öffentlich-rechtlichen Rundfunk selbst ins Abseits manövriert. Vetternwirtschaft, Intransparenz, Regierungsnähe und politische Einseitigkeit haben seiner Akzeptanz bei den Bürgern empfindlich geschadet. Die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag fordert die Staatsregierung deshalb auf, die bestehenden öffentlich-rechtlichen Rundfunk-Staatsverträge aufzukündigen. Anschließend müssen grundlegende Reformen erfolgen. [Hier können Sie den vollständigen Antrag einsehen.](#)
- **Kleine Anfrage „Konten des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft (SMEKUL)“:** Aus einer Kleinen Anfrage des sächsischen AfD-Landtagsabgeordneten Jörg Dornau geht hervor, dass das SMEKUL insgesamt rund 3,8 Millionen Euro Steuergeld für Öffentlichkeitsarbeit ausgegeben hat. Finanzieller Aufwand und Nutzen stehen dabei – insbesondere in den sozialen Medien – in keinem Nutzen. Wird hier massiv Steuergeld zugunsten Dritter verschwendet? [Hier können Sie die Anfragebeantwortung einsehen.](#)

Pressemitteilungen

1.800 € für Pflegeheim?

Ein **würdevoller**
Lebensabend für Oma und Opa!



Zweiter Sozialbericht: Eigenanteil in Pflegeheimen senken!

07.12.22

Zum zweiten Sozialbericht für Sachsen erklärt die seniorenpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion, Gudrun Petzold: „Der Pflegenotstand bleibt weiter die größte sozialpolitische Herausforderung für Sachsen. Wir brauchen mehr

Pflegekräfte und wir müssen sie natürlich besser bezahlen. Diese Mehrkosten dürfen aber nicht länger den Heimbewohnern aufgebürdet werden.“ [Zur vollständigen Pressemitteilung gelangen Sie hier!](#)



**Weltweit höchste
Wolfsdichte**
erfordert
schnelles
Handeln!

FRAKTIONSACHSEN
AfD

Weltweit höchste Wolfsdichte erfordert schnelles Handeln!

17.12.22

Zur aktuellen Debatte im Landtag über die starke Vermehrung des Wolfes in Sachsen erklärt der forstpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, René Hein: „Wir haben in Sachsen und in ganz Deutschland mittlerweile die weltweit höchste

Wolfsdichte. In einigen Dörfern trauen sich die Bürger bereits nicht mehr auf die Straße und viele Tierhalter müssen trotz zwei Meter hoher Weidezäune aufgeben.“

[Lesen Sie hier die vollständige Pressemitteilung!](#) Einen Antrag der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag mit dem Titel „Bestände regulieren - Wildtiermanagement Wolf einführen“ [finden Sie hier.](#)

Bürger entlasten statt Ministerien aufblähen!

19.12.22

Zur Debatte um den sächsischen Doppelhaushalt 2023/24 erklärt der haushalts- und finanzpolitische Sprecher, André Barth: „Die Preise für Lebensmittel, Energie und Kraftstoffe steigen stetig. Die zweistelligen Inflationsraten treiben den sächsischen Bürgern und Unternehmern den Angstschweiß auf die Stirn.“ [Hier können Sie die komplette Pressemitteilung einsehen.](#)

Raub der Wettbewerbsfähigkeit

20.12.22

In den nächsten zwei Jahren will der sächsische SPD-Wirtschaftsminister Martin Dulig das hart erarbeitete Steuergeld der Bürger unter anderem für folgende Dinge ausgeben: Noch mehr Stellen im eigenen Ministerium, externe Berater und Gutachten sowie die Anwerbung, Betreuung und Integration ausländischer Arbeitskräfte.

Die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag fordert stattdessen Investitionen im Sinne der Bürger, beispielsweise durch Streckenreaktivierungen, höhere Investitionsquoten sowie Technikerbonus, Meisterbonus und Meistergründungsprämie. [Hier finden Sie unsere Pressemitteilung dazu.](#)

Windkraft: Regierung will Abstandsregel und

Waldverbot in einer Nacht-und-Nebel-Aktion aushebeln!

13.12.22

Die Staatsregierung hat über das sogenannte [Haushaltsbegleitgesetz](#) die Regeln für den Bau neuer Windkraftanlagen gelockert.

Die geplante „Flexibilisierungsklausel“ läuft darauf hinaus, dass der gerade erst eingeführte 1.000-Meter-Abstand zu Wohnhäusern systematisch unterschritten werden kann. Lesen Sie an dieser Stelle die [vollständige Pressemitteilung von Herrn MdL Thumm zum Thema!](#)



Aus dem Bundestag



Anfragen



Obwohl der Monat Dezember in der Regel von der Advents- und Weihnachtszeit geprägt ist, arbeitete der Bundestagsabgeordnete René Bochmann unermüdlich weiter. Er stellte die maximal möglichen 4 Einzelfragen pro Monat an die Bundesregierung, davon 2 am 1. und 2. Weihnachtsfeiertag.

Im Einzelnen:

Medikamente werden knapp!

Frage: „Beinhalten bzw. umfassen die Russlandsanktionen auch Medikamente für den Fall eines Produktionsausfalles von wichtigen Arzneimitteln, die zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung in Deutschland notwendig sind und die Russland im Bedarfsfall liefern könnte (z.B. Insulin PZN11051704 oder Penicilline)?“ Die Antwort der Bundesregierung lautete: **„Das EU-Sanktionsregime gegen Russland enthält kein Importverbot für Arzneimittel aus Russland.“**

Sofort hakte Herr MdB Bochmann nach und fragte: „Warum veranlasst und organisiert oder beauftragt die Bundesregierung nicht den Import von wichtigen Arzneimitteln aus Russland, wenn laut Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 88 auf Bundestagsdrucksache 20/4776 keine Importverbote für Arzneimittel aus Russland bestehen und wichtige Arzneimittel in

Deutschland knapp werden oder gar nicht mehr lieferbar sind?“ Die Antwort der Bundesregierung: „Arzneimittel, bei denen es derzeit zu Lieferengpässen kommt, können auch über den russischen Markt nicht bezogen werden. Gegenwärtig aus Russland bezogene Wirkstoffe werden auch weiterhin importiert“.

Das löst aber die eigentlichen Probleme nicht, denn die Webseite [Krankenkasseninfo.de](https://www.krankenkasseninfo.de) beschreibt eindeutig, welchen Notstand wir bereits haben! Zitat: „Fiebersäfte und Schmerztabletten, Antibiotika und Blutdrucksenker – immer öfter müssen sich Apothekenkunden, die ein Rezept einlösen möchten, mit einem 'leider nicht vorrätig' abfinden. **Wer Glück hat bekommt sein verschriebenes Mittel immerhin noch in einer anderen Darreichungsform als vom Arzt festgelegt.** Die Lieferengpässe betreffen mehr als 300 Medikamente.“ Ein katastrophaler Zustand, der nicht hingenommen werden darf.

Schiffskollision im Nord-Ostsee-Kanal (NOK)

Frage: „Warum durfte der Vorderhuker Mari am 30.11.2022 in den frühen Morgenstunden bei Dunkelheit die Schleuse in Kiel-Holtenau in den NOK verlassen, obwohl die genaue Höhenmessung laut Aussage der WSV entweder sehr ungenau oder gar nicht bei dieser kritischen Höhe erfolgen konnte, die schließlich auch zur Kollision mit den Holtenauer Hochbrücken führte, und warum verließ man sich dann nur auf die Höhenangaben der Schiffsführung, anstatt am Tag bei Helligkeit die genaue Höhe zu vermessen?“ (WSV = Wasserschiffahrtsverwaltung).

Das Schiff hatte einen Kran geladen, der zu hoch war. Die maximale Durchfahrtshöhe unter Brücken, die den NOK überqueren, beträgt 40 m. Die Brückenhöhen selbst betragen 42 m. Die Ladung war mindestens 2,5 m zu hoch. **Unverantwortlich!** Man hätte am Tage mit dem Lasermessgerät die Höhe genau feststellen und das Unglück somit verhindern können, welches zu einer tagelangen Sperrung des NOK führte und eine aufwendige statische Beurteilung der geschädigten Holtenauer Hochbrücke nach sich zog. Auch die Brücke musste gesperrt werden.

Die Antwort der Bundesregierung, lapidar wie immer: „Zu laufenden

Ermittlungs- und Untersuchungsverfahren nimmt die Bundesregierung keine Stellung. Die Bundesstelle für Seeunfalluntersuchung wird ihren Abschlussbericht im Internet veröffentlichen, sobald die Untersuchung abgeschlossen ist.“ Erfahrungsgemäß dauern solche Untersuchungen Jahre.

Gewalt von Migranten wird brutaler und hemmungsloser, so der Messermord an einer 14-Jährigen in Illerkirchberg

Jede Straftat ist eine zu viel! Das gilt auch, wenn sie durch importierte Täter begangen wird. Der Messermord an einer 14-jährigen Schülerin in Illerkirchberg zeigt wieder einmal auf, mit welcher Brutalität diese Täter aus anderen Kulturkreisen vorgehen.

Herr Bochmann fragte daraufhin die Bundesregierung: „Gibt es eine Statistik vom 01.01.2014 bis 06.12.2022 des Bundeskriminalamtes und nach Kenntnis der Bundesregierung der 16 Landeskriminalämter über Straftaten (Tötungen und schweren Körperverletzungen) mit Messern, Äxten, Macheten oder Hämmern, begangen von Asylbewerbern, Personen im Status eines abgelehnten Asylantrags oder eines unerlaubten Aufenthaltes in Deutschland im Vergleich zu deutschen Staatsbürgern, die ebenfalls mit Messern, Äxten, Macheten oder Hämmern Personen töteten oder schwer im gleichen Zeitraum verletzten?“

Die Antwort der Bundesregierung war erbärmlich: „**Eine Statistik im Sinne der Fragestellung existiert nach Kenntnis der Bundesregierung nicht.**“ **Es wird also vertuscht und vernebelt!**

Ausschreitungen Silvester 2022 (Antwort der Bundesregierung steht noch aus)

Frage von Herrn Bochmann: „Wie viele Gewalttäter wurden nach Kenntnis der Bundesregierung bei den Ausschreitungen in Berlin (über 40 verletzte Polizisten) und anderen Städten Silvester 2022 (vom 31.12.22 bis 01.01.23) durch Festnahmen/ Strafanzeigen festgestellt und wie viele davon sind Asylsuchende, in Duldung (nach abgelehnten Asylantrag) befindliche Personen, Personen mit unerlaubtem Aufenthalt in Deutschland oder auch mit Migrationshintergrund?“

Nach Kenntnis von Herrn Bochmann waren diese Straftäter, die Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste attackierten, hauptsächlich Personen mit Migrationshintergrund. **Herr Bochmann fordert schärfstes Vorgehen gegen diese Personen und sofortige Abschiebungen!**

Die sehr schnell erfolgte Antwort der Bundesregierung bleibt auch hier beschämend und wortkarg: „Der Bundesregierung liegen keine validen Daten im Sinne der Fragestellung vor. Die strafrechtliche Aufarbeitung der Vorfälle findet nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit in den zuständigen Behörden der Länder statt. Eine bundesweite Übersicht zur Gewalt gegen Einsatzkräfte der Polizei und Rettungsdienste in der Silvesternacht 2022/2023 liegt der Bundesregierung bislang nicht vor.“

Die unglaubliche Antwort der angeblich ahnungslosen Bundesregierung im Faksimile:

Schriftliche Frage des Abgeordneten René Bochmann
vom 3. Januar 2023
(Monat Januar 2023, Arbeits-Nr. 1/19)

Frage

Wie viele Gewalttäter wurden nach Kenntnis der Bundesregierung bei den Ausschreitungen in Berlin (über 40 verletzte Polizisten) und anderen Städten Silvester 2022 (vom 31.12.22 bis 01.01.23) durch Festnahmen/Strafanzeigen festgestellt und wie viele davon sind Asylsuchende, in Duldung (nach abgelehnten Asylantrag) befindliche Personen, Personen mit unerlaubten Aufenthalt in Deutschland oder auch mit Migrationshintergrund?

Antwort

Der Bundesregierung liegen keine validen Daten im Sinne der Fragestellung vor.

Die strafrechtliche Aufarbeitung der Vorfälle findet nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit in den zuständigen Behörden der Länder statt. Eine bundesweite Übersicht zur Gewalt gegen Einsatzkräfte der Polizei und Rettungsdienste in der Silvesternacht 2022/2023 liegt der Bundesregierung bislang nicht vor.

Pressemitteilungen

**Migrantische
Silvesterrandalierer:**

**Unsere Einsatz- und
Rettungskräfte müssen
unantastbar bleiben!**

**Täter hart bestrafen
und Nichtdeutsche
abschieben!**



René Bochmann



**Alternative
für
Deutschland**

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Silvesterrandalierer: Hart bestrafen und wenn möglich abschieben!

Die Zustände an Silvester in Berlin und anderen deutschen Städten, bei denen Polizisten, Feuerwehrleute und Rettungskräfte mit Feuerwerkskörpern attackiert und zum Teil schwer verletzt wurden, sind erschreckend und absolut inakzeptabel! [Hier finden Sie die komplette Pressemitteilung!](#)

Coronamaßnahmen beenden!

28.12.22

Liebe Landsleute,

gestern fiel es auch dem Bundesjustizminister ein: Marco Buschmann von der FDP fordert nun das Ende aller Coronamaßnahmen. Denn: Die Pandemie ist vorbei.

Da hat er durchaus recht. Wir von der AfD haben das ganze aber schon vor über zwei Jahren erkannt. Schluss mit diesen freiheitsbeschränkenden Maßnahmen! [Die zugehörige Pressemitteilung können Sie hier einsehen.](#)

Nein zu den gelockerten Einbürgerungsregeln!

5.12.22

Liebe Landsleute,

im Schatten der derzeit stattfindenden Fußballweltmeisterschaft plant die Regierung, wie schon öfter vorgekommen, klammheimlich substanzielle Änderungen an unseren Gesetzen. Diesmal wird die Axt erneut an einem der wichtigsten Punkten unserer Demokratie angelegt, dem Staatsbürgerschaftsrecht. [Mehr dazu erfahren Sie in dieser Pressemitteilung!](#)



Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldung!

- [!\[\]\(0fc4d8ff010a1844bdac8ba689ad0636_img.jpg\) Facebook-Seite Gudrun Petzold](#)
- [!\[\]\(0217f77116d764a7457a958d72d4b2c7_img.jpg\) Website Gudrun Petzold](#)
- [!\[\]\(b462f51197b8f01dd6056f5f5057b581_img.jpg\) Facebook-Seite René Bochmann](#)
- [!\[\]\(c164485118d884428aa46a2be7f0fe09_img.jpg\) Website René Bochmann](#)
- [!\[\]\(5c5c379cbe0ba00a62a877a283d73e5f_img.jpg\) Telegram René Bochmann](#)
- [!\[\]\(22dfb2f0b324d794aa8ac807e2db8584_img.jpg\) Instagram René Bochmann](#)

Impressum / V.i.S.d.P.:

Gudrun Petzold, MdL
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

René Bochmann, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sie erreichen uns unter:

E-Mail MdL: gudrun.petzold@slt.sachsen.de

Telefon: 0351 493 4276

E-Mail MdB: rene.bochmann.mdb@bundestag.de

Telefon: 030 227 75571

This email was sent to js@gudrun-petzold.de

[why did I get this?](#) [unsubscribe from this list](#) [update subscription preferences](#)

MdL Gudrun Petzold · Bernhard-Von-Lindenau-Platz 1 · Dresden 01067 · Germany